Aspekte des Militärisch-Industriellen Komplexes in der BRD

Input BnzK 11.9.2024, Ortwin Schäfer

Übersicht:

1. „Nachfrager“, „Ermöglicher“ und Anteilseigner (AIRBUS, MBDA, Hensoldt) – zur Rolle und Funktion des deutschen Staates
2. „Drehtüren“ -politische Machtausübung der Rüstungskonzerne und Waffenlobby
3. Neue Formen des Finanz- und Waffenkapitals in der BRD -Rüstungs-Start-Ups und Wagniskapital in der BRD (Polaris, Bremen und Helsing, München)
4. Waffen, Krieg und Militarisierung als Krisensymptome und Reaktionen des globalen Kapitalismus

1. „“Nachfrager“, „Ermöglicher“ und „Anteilseigner“ – zur Rolle und Funktion des deutschen Staates

„Wir kriegen die Produktion nicht hoch.“ klagte Wirtschaftsminister Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) während der Münchner Sicherheitskonferenz am 17.2.2024[1] . Habeck verband dies mit der Forderung einer drastischen Erhöhung der nationalen Waffenproduktion. Er wolle dem Kanzler Beine machen und die Union mit ins Boot holen. Nur durch länger laufende Abnahmegarantien könne die Produktion von Waffen rasch wachsen. Alles sei eine Frage des Geldes. Die Pläne zur systematischen staatlichen Steuerung und Koordination der nationalen Waffenproduktion werden auch vom Bundesverteidigungsminister Pistorius (SPD) massiv vorangetrieben. Aber auch in der EU gibt es ähnliche Bestrebungen. Nach dem Vorbild des Kommissars zur Abnahmegarantie von Impfstoffen während der „Coronapandemie“ hat die EU-Kommission einen Rüstungskommissar neu eingesetzt[2].

Die nationalen Pläne der Umsetzung von Habecks Forderungen nehmen nun konkrete Konturen an. In der Zeitschrift „Politico“ (Deutsche Ausgabe Springer Verlage) wurde im Verlaufe des Jahres 2024 der Entwurf einer „Nationalen Sicherheits-und Verteidigungsstrategie“ (NSV) der Bundesregierung veröffentlicht[3]. Der Entwurf zur NSV ist offenbar eine Überarbeitung der ersten „Nationalen Sicherheitsstrategien“ vom 14.6.23[4]. Ich beschränke mich im Folgenden auf die Rolle und Funktion des deutschen Staates, wie er im Entwurf beschrieben wird.

Dem deutschen Staat wird hier explizit die Aufgabe eines „Nachfragers“ und „Ermöglichers“ des Rüstungskapitals zugewiesen[5]. Was heißt das? Aufgabe des Staates sei die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren der Rüstungsindustrie und Waffenlobby, die hier euphemistisch als „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (SVI) bezeichnet werden. Dem Staat käme die Aufgabe zu die internationale Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Rüstungsindustrie zu stärken durch Abbau bürokratischer und gesetzlicher Vorschriften bei der finanziellen Förderung. Aufgeführt werden hier u.a. Umweltschutzauflagen (CO-2-Auflagen und Umstellung auf erneuerbarer Energieträger) und Rüstungsexportbeschränkungen und Kriegswaffenrecht, sowie Zivilklauseln an den Universitäten. Weiterhin gelte es bestehende Hindernisse bei neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Ups in Form von Wagniskapital (Private Equity) abzubauen und stattdessen die Aufstockung von Zukunftsfonds zu überprüfen. Dazu unten unter Punkt 3 mehr.

---

[1] https://www.n-tv.de/politik/Jetzt-wollen-sogar-die-Gruenen-massive-Aufruestung-article24743637.html Vielsagender Satz des Kanzlers Jetzt wollen sogar die Grünen massive Aufrüstung Von Nikolaus Blome und Holger Schmidt-Denker, München 17.02.2024, 14:35 Uhr Artikel anhören

[2] https://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-ruestungsstrategie-so-will-thierry-breton-europa-kriegstuechtig-machen/100016609.html abgerufen am 9.9.2024

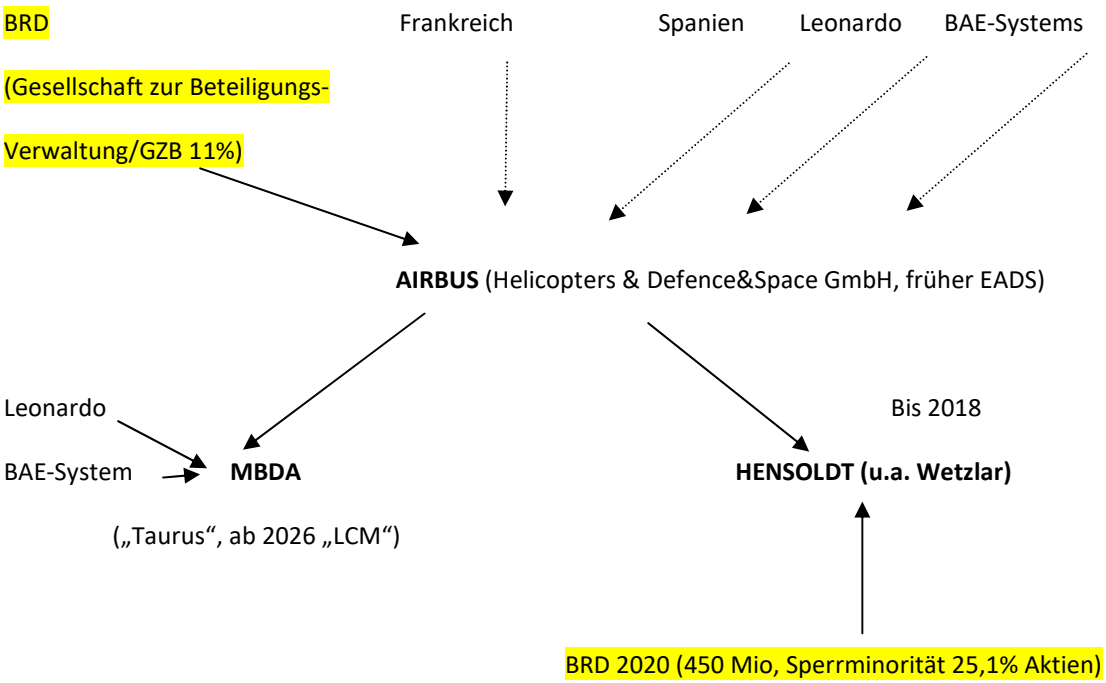
[3] Nationale Sicherheits-und Verteidigungsstrategie. Entwurf. https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2024/08/12/Entwurf_Strategie-Starkung-SVI-clean.pdf abgerufen 5.9.202

[4] https://www.bmvg.de/de/nationale-sicherheitsstrategie

[5] NSV Punkt 4.2. S.8

Die bestehenden rechtlichen und bürokratischen Hemmnisse (im SVI als „Herausforderungen“ bezeichnet) beträfen insbesondere die deutschen Klein- und Mittelstandsunternehmen (KMU) der Rüstungsbranche[6]. Dem Staat wird weiterhin insbesondere auch die Absicherung von Lieferketten von Rohstoffen und Vorprodukten zugesprochen, die für die nationale Produktion von Waffen benötigt werden. Dem deutschen Staat komme weiterhin die Bestimmung militärischer Schlüsseltechnologien zu, die für die nationale Sicherheit und Verteidigung von zentraler Bedeutung seien und deren Produktion in nationalem Rahmen sichergestellt werden müsse. Hierzu werden aufgeführt: sicherheitsrelevante IT-und Kommunikationstechnologien, künstliche Intelligenz, Sensorik, elektromagnetischer Kampf, Marineschiffbau (Über-und Unterwasserplattformen, Werftbau) sowie geschützte gepanzerte Fahrzeuge. Der deutsche Staat ist aber, was im Strategiepapier unerwähnt bleibt, seit geraumer Zeit darüberhinaus als Anteilseigner gemeinsam mit anderen Staaten und internationalen Rüstungskonzernen an der Produktion von Waffen direkt beteiligt und profitiert somit über die Ausschüttung von Aktiendividenden an den vom ihm selbst, dem Staat als Auftraggeber stimulierten Erhöhung der Nachfrage nach Waffen.

Der deutsche Staat als Anteilseigner an der Waffenindustrie



Der deutsche Staat verfügt zusammen mit internationalen Rüstungskonzernen wie Leonardo (Italien), BAE-Systems (Großbritannien) und anderen Nationalstaaten wie Frankreich und Spanien, sowie Kapitalvermögensverwaltern wie Black Rock, Vanguard etc. über große Anteile von Aktienanteilen insbesondere in der Flugzeug-, Raketen-, Lenkwaffenindustrie.

Die BRD verfügt über 11% der Aktienanteile des internationalen AIRBUS-Konzerns, der in seiner militärischen Sparte (Airbus Helicopters & Defence&Space GmbH) u.a. Kampfflugzeuge („Eurofighter“) und Kampfhubschrauber („Tiger“) produziert. AIRBUS selbst ist, wiederum neben dem italienischen Rüstungskonzern Leonardo und BAE-Systems aus Großbritannien, Anteilseigner an dem Raketen und Lenkwaffenhersteller MBDA (Matra BAE- Dynamic Aerospace), der u.a. den „Taurus“-Marschflugkörper produziert. MBDA soll im Rahmen der ab 2026 geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland den Auftrag zur Entwicklung und Produktion eigner Marschflugkörper vom Typ „Land Cruise Missile System“ (LCM) erhalten. Der deutsche Staat übt also über AIRBUS indirekte Kontrolle auf MBDA aus.

[6] In Marburg z.B. die Firma Sälzer

2018 trennte sich der AIRBUS-Ableger Hensoldt, der sensorische Steuerungs- und Navigationsinstrumente für Kampfflugzeuge, Panzer und Drohnen herstellt, vom Mutterkonzern. Der deutsche Staat stieg 2020 mit 450 Mio € in das börsennotierte Unternehmen , das u.a. in Wetzlar produziert, ein und sicherte sich mit 25,1% Aktienbesitz eine Sperrminorität[7]. Der deutsche Staat ist offensichtlich fest entschlossen seine direkten Beteiligungen in militärischen Schlüsseltechnologien weiter auszuweiten. Wie die Tagesschau im September 2023 berichtete, habe Verteidigungsminister Pistorius (SPD) die Absicht bekräftigt beim Kriegsschiffbauer ThyssenKrupp-Marine-Systems (TKMS) einzusteigen. Unter Berufung auf das Handelsblatt berichtet die Tagesschau von einem geplanten Einstieg mit einem Aktienanteil von ca. 20%[8].

2. „Drehtüren“ - Politische Machtausübung durch die Waffenlobby und Rüstungskonzerne

Eine Greenpeace-Recherche aus dem Jahr 2023 mit dem Titel „Revolving Doors“ (Drehtüren) - wie Politik und Rüstungslobby Hand in Hand gehen“ zeigte wie die Einflussnahme von Waffenlobby und Rüstungslobby auf die Politik in der Praxis funktioniert[9]:

1. **Durch die Doppelrolle von Bundestagsmitgliedern:** Mitglieder des Deutschen Bundestages, insbesondere im Haushalts- und Verteidigungsausschuss, agieren als "Diener zweier Herren" indem sie sowohl für den Bundestag, als auch für Organisationen der Rüstungsindustrie aktiv sind.
2. **Einflussreiche, unbekannte Lobbyagenturen:** Wenig bekannte Lobbyagenturen und Consultingbüros wie Concilius, friedrich30[10], WIMCOM und Rasmussen Global spielen eine bedeutende Rolle in der deutschen Rüstungslandschaft. Sie beschäftigen ehemalige Politik-Insider und haben so Einfluss auf die Rüstungspolitik.
3. **Mangelnde Unabhängigkeit führender Think Tanks:** Die absolute Unabhängigkeit von führenden Think Tanks wie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) ist fragwürdig, da sie teilweise von der Rüstungsindustrie finanziert werden. Sogar die Münchner Sicherheitskonferenz, ein wichtiges sicherheitspolitisches Forum, wird von Rüstungskonzernen gesponsert.

Dass Marie-Luise Strack-Zimmermann, FDP, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und bis 22.3.2023 Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) war, ist allgemein. Ihr Ausscheiden aus diesem Waffenlobbyverband dürfte auf erheblichen öffentlichen und politischen Druck erfolgt sein. Präsdiumsmitglieder im DWT sind aktuell u.a. die Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens, CDU sowie der der SPD Abgeordnete Wolfgang Hellmich, der von 2015 – 2021 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages war[11].

---

[7] https://finment.com/boerse-aktien/ruestungsaktien/die-top-7-der-ruestungsaktien-2022-diese-wertpapiere-profitieren-vom-neuen-wettruesten/

[8] .https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/tkms-marinewerften-100.html **analyse, abgerufen 9.9.2024** Bund erwägt Einstieg bei TKMS Entsteht ein deutscher Marine-Champion? Stand: 12.09.2023 17:51 Uhr

[9] https://www.greenpeace.de/frieden/ruestungslobby-politik Greenpeace-Recherche: Wie Politik und Rüstungslobby Hand in Hand gehen Ein Artikel von Mattea Weihe Recherche 12.12.2023

[10] Laut Homepage vertritt friedrich30 „politische, wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen“ und habe „große Erfahrung im Bereich von Regulierungs- und Gesetzgebungsprozessen auf nationaler und europäischer Ebene. f30 hat langjährige Erfahrung in der Begleitung wirtschaftlicher Vorhaben und führt diese zum Erfolg. Neben Unternehmen arbeitet f30 auch für Staaten und Volksgruppen und nutzt das gesamte Spektrum von Handlungsoptionen bei der Interessensvertretung. Experten in einem eigenen Kompetenzbereich lösen Herausforderungen der strategischen und operativen Sicherheit“ https://www.friedrich30.com/de, abgerufen am 11.9.2024

[11] https://www.dwt-sgw.de/die-dwt/praesidium-und-vorstand 5.9.24

Höhere Wellen schlug der Fall des SPD-Bundestagsabgeordneten Andreas Schwarz aus dem fränkischen Wahlkreis Coburg-Forchheim und dessen Rolle bei der Anschaffung des Kampfflugzeuges F-35 im Jahr 2022. Schwarz, dem es laut Selbstverständnis auf seiner Homepage „als Sozialdemokrat besonders wichtig ist, dass wir unser Land gerechter und solidarischer aufstellen.“[12], sitzt als Mitglied sowohl im Haushalts-, als auch im Verteidigungsausschusse an der Schnittstelle Haushalt/Finanzen und der Finanzierung der Bundeswehr. Er ist in dieser Funktion stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion. Als „Haushälter“ im Bundestag ist er mit dafür verantwortlich, dass die Bundesregierung Geld aus der Staatskasse bekommt. Er berät mit im jährlichen Haushaltsverfahren und kontrolliert die fortlaufende Haushaltsführung der Bundesregierung. Schwarz ist als Abgeordneter im Haushaltsausschuss der zuständige (Haupt-)Berichterstatter für den Haushalt des Verteidigungsministeriums und für das Sondervermögen Bundeswehr. Schwarz wird vorgeworfen 2022 den us-amerikanischen Rüstungskonzern Lockheed-Martin in den Bundestag eingeschleust zu haben und die Anschaffung des Kampfflugzeuges F-35 eingefädelt zu haben. Dabei habe sich die Bundestagsverwaltung hinters Licht geführt gefühlt[13].

Als Beispiel einer Einflussnahme einer nationalen Waffenlobbyorganisation soll hier der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und seine Vernetzung mit dem Wirtschaftsforum der SPD und der IG-Metall aufgeführt werden. Die SPD als Ziel von Einflussnahmen ist strategisch für das Rüstungskapital besonders wichtig, um die Gewerkschaften und Arbeiterschaft für ihre Zwecke einzuspannen.

Im gemeinsamen Strategiepapier „Souveränität und Resilienz sichern. Industriepolitische Leitlinien für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ vom Wirtschaftsforum der SPD, der IG-Metall und dem Interessen-und Lobbyverband der Waffenindustrie BDSV wurde am 8.2. 2024 ebenfalls ein politisches Konzept zur Stärkung und zum Aufbau einer europäischen und insbesondere auch einer nationalen Waffenproduktion gefordert. Es greift viele Punkte auf, die in der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der BRD formuliert wurden. Konkret u.a. die „Wahrung, Weiterentwicklung und Ausbau der Kernkompetenzen und Schlüsseltechnologien im Inland.“ und die „substanzielle Förderung nationaler Technologieschwerpunkte – auch bei internationalen Kooperationen, um technische und logistische Abhängigkeiten konsequent zu minimieren.“ Zum Forderungskatalog gehört weiterhin auch die Befreiung von den EU-Regularien zur CO-2 Bepreisung. Für den deutschen Werftbau für Kriegsschiffe wird eine stärkere staatliche Mithaftung bei Risikokapital und Investitionen gefordert. Eine Deindustrialisierung der militärischen Luftfahrt drohe in Deutschland und Europa, wenn das Weiterentwicklungsprogramm für den Kampfhubschrauber „Tiger“ (AIRBUS) nicht wieder aufgenommen werde und das geplante Ende der Endmontagelinie für den „Eurofighter“ (AIRBUS, Stückpreis 130 Mio €) im Jahre 2030 bestehen bliebe. Gefährdet sei bezüglich des „Eurofighters“ ein erheblicher Anteil der rund 100.000 Arbeitsplätze der am Bau beteiligten 400 Unternehmen, worunter sich 120 deutsche Zulieferer befänden. 2023 gab es einen gemeinsamen Protest der IG-Metall, Hensoldt und AIRBUS gegen die Einkaufspolitik der BRD bei den Ankäufen von Waffen. Im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr gingen zu viele Aufträge in die USA und zu wenige an sie[14]. Präsident des BDSV ist der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall, Armin Papperger, Vizepräsident u.a. Stefan Thome, geschäftsführender Vorsitzender der Airbus/ Helicopters Deutschland GmbH sowie Oliver Dörre, Vorstandsvorsitzen der Hensoldt AG[15].

---

[12] https://spd-schwarz.de/ abgerufen am 11.9.2024

[13] https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/abgeordneter-schleuste-ruestungskonzern-in-den-bundestag, martin reyher 2.12.2022; abgerufen 12.9.24

[14] https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/airbus-und-hensoldt-in-ulm-protestieren-gegen-einkaufspolitik-der-bundeswehr-100.html

[15] https://www.bdsv.eu/%C3%BCber-uns/vorstand.html, abgerufen 5.9.2024

Das Wirtschaftsforum SPD versteht sich als „Interessenvertretung der Wirtschaft gegenüber der Politik“ und organisiert in erster Linie den „Austausch mit den sozialdemokratischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern in Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, Ländern und Europa.“[16] Mitglied im Forum ist u.a. die SPD-Innenministerin Nancy Faeser. Für die IG-Metalllverantwortlich zeichnet Jürgen Kerner, zweiter Vorsitzender der IG-Metall.[17] Das SPD-Mitglied Kerner sitzt im Aufsichtsrat der Siemens AG(München), der Siemens Energy (München), von MAN Truck & Bus (München), der Traton AG (München), von PremiumAerotec GmbH (Augsburg) und der Thyssenkrupp AG, Essen, dem Mutterkonzern vonThyssen-Krupp-Marine-Systems (TKMS), die Kriegsschiffe baut und u.a. nach Israel liefert.[18].

3. Neue Formen des Finanz- und Waffenkapitals in der BRD -Rüstungs-Start-Ups und Wagniskapital in der BRD (Polaris, Bremen und Helsing, München)

Was ist „Venture Capital“ (Wagnis-Kapital, VC)? VC ist eine Form einer Beteiligungsgesellschaft (Private Equity, PE) und als solche eine lukrative Geldanlageform für sehr vermögende Investoren wie beispielsweise Konzerne, Stiftungen oder reiche Privatpersonen in nichtbörsennotierten Unternehmen. Sie gelten bei sehr hohen Renditeversprechungen (10-20%) als sehr riskant. Im Gegensatz zu Aktionären bei Aktiengesellschaften können Anleger von Beteiligungsgesellschaften Einfluss auf die Unternehmensführung nehmen, haften aber auch in der Höhe ihrer Einlagen. Sie profitieren direkt von der Wertsteigerung der Unternehmen. Bekanntes Beispiel für eine andere Form der PE sind die als „Heuschrecken“ bekannt gewordenen „Hedgefonds“. VC kommen vor allem für kleinere und innovative Start-Up-Unternehmen im Bereich Biomedizin, „Lifescence“ und Militär in Betracht, wobei einige Start-Ups in allen drei Bereichen tätig sind. In den USA sind VC weit verbreitet, in der BRD sind dagegen aufgrund verschiedener gesetzlicher und bürokratischer Auflagen „den Investoren die Hände gebunden“. Als Hemmnis („Herausforderung“) gilt insbesondere die „Dual-Use“-Problematik. Das betrifft Technologien (Software, Künstliche Intelligenz, Navigations-und Steuerungssysteme) und Produkte, die sowohl für zivile, als auch militärische Zwecke benutzt werden können. Beispielsweise können selbstfahrende Fahrzeuge und Roboter mit der Möglichkeit zur Ausstattung mit Kränen als Bergegeräte für Katastrophenschutz eingesetzt werden. Sie bieten aber oft auch Geschützaufbaumöglichkeiten und können somit als Gefechtsfahrzeuge militärisch genutzt werden. Die bisherige staatliche Förderung durch Förderbanken von Start-Up-Unternehmen ist in der BRD stärker reguliert, als z.B. in den USA. So steht z.B. auf der Ausschlussliste von KfW-Capital, einer Tochterfirma der staatlichen Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) für Start-up-Geschäftsmodelle beispielsweise Glücksspiel, Atomkraftwerke und Waffen. Geld von KfW Capital darf also (bislang) nicht in „Produktion oder Handel von Waffen, Munition oder wichtigen Komponenten hiervon“ fließen[19]. Als „Totschlagargumente“ schrecken solche Auflagen insbesondere ausländische Investoren ab („German Free“). Hier sollen staatliche Nachbesserungen in Form von Aufhebungen solcher Investitionshemmnisse erfolgen und neue finanzpolitische Förderinstrumente geschaffen werden. Beispielhaft wurde bereits als neue Agentur die SPRIND (Bundesagentur für Sprunginnovationen) für Start-Ups im Bereich der Waffenindustrie und für Dual-Use Anwendungen geöffnet[20].

---

[16] https://www.spd-wirtschaftsforum.de/ abgerufen 5.9.24

[17] https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/verteidigungsindustrie-zukunftsfaehig-machen. 5.9.24

[18] https://www.igmetall.de/download/20220314_Lebenslauf_Kerner_96ce461f4cd85ad9d7624ada1d44399671a43373.pdf 5.9.2024

[19] https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/dual-use-das-schwierige-verhaeltnis-zwischen-start-up-szene-und-aufruestung/29670248.html Dual-Use Das schwierige Verhältnis zwischen Start-up-Szene und Aufrüstung von Lisa Ksienrzyk 23. Februar 2024 ; 5.9.2024

[20] NSV S.11 4.6.b

Ein Beispiel eines deutschen Start-Ups mit Finanzierung durch Wagniskapital im militärischen Bereich ist das Bremer Start-Up-Unternehmen „Polaris – Raumflugzeuge GembH:“ das sich auf die Entwicklung von wiederverwendbaren Fluggeräten und Raketensystemen spezialisiert hat. Diese Raketen benötigen keine extra Startrampen, sondern können von normalen Flugzeuglandebahnen starten und landen. Diese Systeme fallen somit in den Bereich als kritisch angesehener nationaler militärischer Schlüsseltechnologien der SVI. Im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Stationierung von Mittelstrecken- und Marschflugkörperstationierung in der BRD ab 2026 erhielt „Polaris“ nun den staatlichen Auftrag zur Entwicklung und Produktion von Hyperschallflugzeugen. Als Wagniskapital konnte u.a. die us-amerikanische VC E2MC und die mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen (MBB) gewonnen werden[21].

Das Münchner Start-Up-Unternehmen Helsing entwickelt künstliche Intelligenz zur militärischen Anwendung bei Drohnen, Flugzeugen, Raketen, Schiffen und Panzern „zum Schutz unserer Demokratien“, wie das Unternehmen in seiner Eigenwerbung auf seiner Homepage wirbt:„Helsing ist ein neues Unternehmen im Bereich Verteidigung und Künstliche Intelligenz. Wir glauben, dass Software und insbesondere Künstliche Intelligenz eine Schlüsselrolle für den Schutz unserer Demokratien spielen wird.[22]“ Helsing ist 2024 mit einem Marktwert von 5 Mrd € zum teuersten Start-Up-Unternehmen Europas aufgestiegen. Zum Vergleich: Damit übersteigt der Marktwert von Helsing bereits den der Hensoldt AG (aktuell 4,4, Mrd € [23]), liegt aber weiterhin noch deutlich unter dem des führenden nationalen Rüstungskonzernes Rheinmetall (Marktwert22,4 Mrd €[24]). Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Washington im Juli 2024 konnten aus dem Silicon-Valley die Venture Capitals „Lightspeed“ und „Accel“ gewonnen werden, die mit 450 Mio € ($) in „Polaris“ einstiegen. Auf dem NATO-Gipfel 2024 gab die Premierministerin Kallas die Gründung von Helsing, Estland bekannt. Helsing will 70 Mio € in der Region zur angeblichen Verteidigung der nord-östlichen NATO-Flanke investieren[25].

4. Waffen, Krieg und Militarisierung als Krisensymptome und Reaktionen des globalen Kapitalismus

Abschließend werde ich einen Versuch wagen, wie die geschilderten Entwicklungen begrifflich gefasst und theoretisch, vorläufig und natürlich sehr verknappt, eingeordnet werden können.

Die im NSV-Papier beschriebene Funktion des nationalen Staates kann als die eines Garanten der Interessen des nationalen Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf mit anderen internationalen Rüstungskonzerne interpretiert werden, so wie sie in den klassischen Imperialismustheorien z.B. von Lenin beschrieben wurde.[26] Die Rolle des Bank- und Finanzkapitals bei der Herausbildung internationaler Trusts und Monopole wurde von Hilferding 1909 in „Das Finanzkapital“ erstmals analysiert[27].

Die BRD und das nationale Kapital ist aber nun international und transnational viel stärker eingebunden und vernetzt als vor dem ersten Weltkrieg, zu einer Zeit als Hilferding und Lenin ihre Imperialismustheorien formulierten. Für den modernen nationalen Staat gilt es mit vielfältigen politischen Dilemmata und Widersprüche zu hantieren, verbunden mit Interessengegensätzen und Konkurrenzkämpfen mit anderen Staaten. So sind neben der BRD Frankreich und Spanien Anteilseigner von AIRBUS, die den „Eurofighter“ produzieren und dabei auch ihre jeweils eigene nationalen Interessen vertreten Die BRD ist darüberhinaus in transnationale Interessenorganisationen wie der EU und der NATO eingebunden.

---

[21] Quelle siehe Fußnote 11

[22] https://helsing.ai/de abgerufen 5.9.24

[23] https://finment.com/boerse-aktien/ruestungsaktien/die-top-7-der-ruestungsaktien-2022-diese-wertpapiere-profitieren-vom-neuen-wettruesten/ abgerufen am 6.9.2024

[24] https://www.google.com/search?q=b%C3%B6rsenwert+rheinmetall&client abgerufen 6.9.2024

[25] https://helsing.ai/de/newsroom/helsing-and-prime-minister-kaja-kallas-announce-helsing-estonia-at-nato-summit

[26] Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe 2.Auflage 2018

[27] Rudolf Hilferding. Das Finanzkapital Band I und II. 1974 (Neuausgabe)

Nationale Waffenkonzerne produzieren zudem nicht nur in der BRD, sondern auch in vielen anderen Nationen. Sie sind dabei auch an der Produktion von Waffensystemen von Rüstungskonzernen mit Sitz in anderen Ländern beteiligt. So produziert z.B. Rheinmetall Rumpfteile des F-35-Kampffugzeuges des us-amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed-Martin in Deutschland.[28].. Schließlich sind die größten Anteilseigner (Aktienbesitzer) ohnehin transnationale Vermögensverwaltungen wie Black Rock, Vanguard etc., deren Interesse an profitablen Anlageformen sich eben nicht an nationalen Grenzen orientiert. Träger und Subjekt kapitalistischer Interessen ist heute nicht oder weniger ein rein nationale Bourgeoisie, wie zu Zeiten Lenins oder Hilferdings. Die Macht befindet sich heute vielmehr in den Händen einer „transnationalen Kapitalistenklasse“ (Globale Machtelite)[29].

Die im NSV-Papier für den Staat formulierten Ziele und Aufgaben als „Förderer“, „Ermöglicher“ und eben auch zunehmend als „Anteilseigner“ können auch gemäß der „Stamokap“- Theorie (Staatsmonopolkapitalismus) verstanden werden. Diese Theorie geht von einer Identität der Interessen der Konzerne und des Staates aus, dabei wird der Staat als Instrument der Monopole bezeichnet[30]. Die Funktion des Staates in kapitalistischen Staaten bestehe darin, durch Eingriffe die von Krisen bedrohte Marktwirtschaft zu stabilisieren und damit die Profite der Konzerne zu garantieren. Dies geschehe durch grundsätzlich konzernfreundliche Wirtschafts-und Steuerpolitik, dadurch dass der Staat selbst in zunehmenden Maße als Auftraggeber auftrete durch Investitionen und Subventionen für Infrastruktur, Bildung und Forschung und eben Rüstung. Gerade Rüstung und Militarisierung spielen hier eine Schlüsselrolle. Der us-amerikanische marxistische Soziologe Robinson beobachtet im modernen globalen Kapitalismus eine Entwicklung hin zu einem „globalen Polizeistaat“ bzw. einer „ repressiven Totalität“. Mithilfe politischer Instrumentalisierung von Ängsten der Bevölkerung und unter dem Deckmantel eines Sicherheitsversprechens vor diversen vermeintlichen Gefahren wie Terror, Drogen bilde sich diese „repressive Totalität“ aus[31]. Ergänzen ließe sich die Liste m.E. auch die Gefahren vor dem Coronavirus, den Russen, den Islamisten, der Klimakatastrophe, den Flüchtlingsströmen, Ausländer etc. Die Entwicklung dieser „repressiven Totalität“ bzw. des „globalen Polizeistaates“ stellt eine Reaktion des Kapitalismus auf seine weltweiten inneren systembedingten ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen dar. Waffen und Aufrüstungen für Kriege der Staaten gegeneinander, Einrichtungen zu polizeilichen Überwachungen im nationalen Rahmen sowie zur gewaltsame Absicherungen und Abschottungen an den nationalen Grenzen gegenüber Migranten und Flüchtlingsströmen seien Elemente einer „militaristischen Akkumulation“ bzw. einer „Akkumulation durch Repression“. Diese „militaristische Akkumulation“ erfülle zwei wesentliche Zwecke. Einerseits werden soziale Aufstände und Unruhen bekämpft, auch vorsorglich. Andererseits werden so Anlagemöglichkeiten für das freie Finanzkapital geschaffen die als weitere Profitquellen für eine Entlastung von Überakkumulationskrisen sorgen. Auf diese Weise werden also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen[32].

---

[28] https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2023/07/2023-07-04-rheinmetall-f35-rumpfteilherstellung-standortwahl.4.7.23 Rheinmetall beabsichtigt Aufbau einer hochmodernen Fabrik zur Fertigung von Rumpfmittelteilen für das Kampfflugzeug F-35A in Weeze, Kreis Kleve (NRW); Bewährte Kooperation mit Northrop Grumman und Lockheed Martin; Ab 2025 Produktion von mindestens 400 Rumpfmittelteilen; 400 hochqualifizierte Arbeitsplätze, Einbindung weiterer Unternehmen

[29] Peter Philipps: Giants. The Global Power Elite. 2018

[30] Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 1974 Stichwort Stamokap

[31] W.I. Robinson. The Global Police State. 2020

[32] „Militarisierte Akkumulation bringt auf den Punkt, welche die sich ausweitende Rolle der Anstiftung von Krieg und Systemen von transnationaler sozialer Kontrolle nun spielen im Zentrum der globalen Ökonomie. Ein Globaler Polizeistaat umfasst Masseninhaftierungen, Einwanderungsbeobachtung und –abschiebung, Flüchtlingsabwehrsysteme, die Errichtung von Grenzbefestigungsmauern, Massenüberwachung, städtischer Polizei, Einsatz paramilitärischer und privater Armeen und Sicherheitskräfte u.s.w. Dies all ist eine wichtige Quelle von Profit geworden die den Druck von Überakkumulation entlastet.“ (Robinson S. 72, eigene Übersetzung)